

München, 06.07.2020

## Alarmierende Studie des Umweltbundesamts zur PFC-Belastung: Staatsregierung muss Konsequenzen ziehen

**Verbraucherschutzexperte Florian von Brunn: Versäumnisse der Staatsregierung gefährden Kinder und Jugendliche in Bayern - Schutz der Bevölkerung vor PFC-Umweltgiften muss höhere Priorität haben**

Laut einer aktuellen [Studie des Umweltbundesamts](#) liegt die Konzentration für Perfluoroktansäure (PFOA) im Blut bei Kinder und Jugendlichen zwischen 7 und 13 Jahren aus Deutschland deutlich über dem von der Kommission Human-Biomonitoring festgelegten HBM-I-Wert. Dadurch können ernste gesundheitliche Beeinträchtigungen auftreten wie die Herabsetzung des Impfschutzes oder die Erhöhung von Infektrisiken. Der verbraucherschutzpolitische Sprecher der BayernSPD-Landtagsfraktion **Florian von Brunn** zeigt sich entsetzt über die Ergebnisse und fordert die Staatsregierung auf, sich umgehend für einen [besseren Schutz der Bevölkerung](#) vor per- und polyfluorierten Chemikalien (PFC) einzusetzen.

"Wie viele Studien brauchen wir noch bis der Freistaat endlich entschlossen gegen PFC-Umweltgifte vorgeht? Die Versäumnisse der Staatsregierung geht zu gesundheitlichen Lasten unserer Kinder und Jugendlichen in Bayern. In besonders betroffenen Gebieten benötigen wir dringend flächendeckende Bluttests für die Bevölkerung und eine Ausweitung der bestehenden Testmöglichkeiten. In Regionen wie zum Beispiel im Landkreis Pfaffenhofen oder der Stadt Ansbach, die eine erhöhte PFOA-Belastung durch Militärstützpunkte oder Industrie vorweisen, müssen Schutzmaßnahmen schnellstmöglich vorangetrieben werden, damit belastende Chemikalien nicht mehr in die Umwelt gelangen können", betont von Brunn.

Vor allem auch Lebensmitteln aus diesen Gebieten müssen in repräsentativen und regelmäßige Untersuchungen hinsichtlich ihrer PFC-Werte beobachtet werden. Denn Stichproben in Abständen von mehreren Jahren, wie sie derzeit in Bayern zulässig sind, wären nicht ausreichend, kritisiert der SPD-Abgeordnete und ergänzt: "Unverzichtbar sind außerdem festgelegte Schwellenwerte für Trinkwasser Fisch, Fleisch und Milchprodukte sowie umfassende und ständige Informationen für die Öffentlichkeit, die mit einer transparenten gesundheitsmedizinischen Beratung einhergehen."

Ein entsprechender [SPD-Antrag](#) zum Schutz vor PFC-Umweltgiften und einem Verbot von giftigen Substanzen in Alltagsprodukten wurde bereits im Umweltausschuss angenommen

und verabschiedet. Mit Blick auf die Zustimmung der Regierungsfractionen, wünscht sich der Verbraucherschützer dementsprechend eine schnelle Umsetzung der Forderungen.